

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Gesamtpreis: Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsadresse: Die Anzeiger des Erzgebirges
Postfach Nr. 1000, Auerbach
Telegraphische Adressen: Auerbach
Telefonische Adressen: Auerbach

Telegramme: Erzgebirge Auerbach. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Nr. 1000

Nr. 7

Freitag, den 9. Januar 1925

20. Jahrgang

Löbe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Berlin, 7. Januar. Im Reichstag ist bei der Präsidentenwahl der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Löbe mit 231 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt worden. Im ganzen waren 447 Stimmen abgegeben worden.

Die Wahl des Präsidenten sollte unmittelbar nach Beginn der für 2 Uhr nachmittags anberaumten Sitzung vor sich gehen. Ihr waren auch die Sitzungen der Fraktionen gewidmet, die fast ausnahmslos vor dem Plenum zusammengetreten sind. Von vornherein stand fest, daß mit den Sozialdemokraten auch die Demokraten für Löbe stimmen würden. Die Deutsche Volkspartei beschloß, ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. In der Deutschen Volkspartei hatte der Fraktionsvorsitzende einstimmig beschlossen, die Wahl Löbes zu empfehlen. In der Fraktion hatte sich aber Widerstand geltend gemacht, und sie hatte sich entschlossen, v. Kardorff vorzuschlagen, bei Stichwahl zwischen Wallraf und Löbe aber für den ersteren zu stimmen.

Die Reichstagsfraktion.

Das Publikum, das schon am Eröffnungstage des Reichsparlamentes in großer Zahl erschienen war, hatte sich auch am Tage der Präsidentenwahl wieder äußerst zahlreich eingefunden, so daß alle Tribünen beängstigend voll waren. Da naturgemäß auch die Abgeordneten im Interesse der Wahlen fast vollständig erschienen waren, so hatte man, was das äußere Bild und die Besetzung des Hauses anlangt, ganz den Eindruck der sogenannten großen Tage. In der Wandelhalle und in den Fraktionszimmern herrschte schon in den Vormittagsstunden Hochbetrieb. 2,15 Uhr schritten die Glocken durch das Haus. Alterspräsident Vogt (Soz.) noch recht beweglich, nimmt das Präsidium ein; Reichskanzler Marx erscheint und unterhält sich lebhaft mit seinem Pressesekretär, Ministerialdirektor Spieder. Glöde des Präsidenten. Glückwünsche für die Abgeordneten Rodsch und Bernstein, deren Plätze anlässlich ihres 70. bzw. 75. Geburtstages mit Blumensträußen geschmückt sind; Reichskanzler Marx schüttelt den Jubilaren herzlich die Hände.

Darauf wird in die Präsidentenwahl eingetreten, die durch Stimmsettel vorgenommen wird, und, da die einzelnen Abgeordneten namentlich aufgerufen werden, sich außerordentlich langwierig zu gestalten scheint. Es sind aufgestellt von den Sozialdemokraten Abg. Löbe und von den Deutschnationalen Wallraf; die Deutsche Volkspartei wird im ersten Wahlgang für den Abg. v. Kardorff stimmen. Die Kommunisten wollen ihre Stimmen dem Meisterboger Thälmann geben. Das Zentrum, heißt es, will für Fehrenbach stimmen. Die Entscheidung könnte dann natürlich erst im zweiten Wahlgang erfolgen.

Während des Namensaufrufes der Abgeordneten herrscht ein gleiches Summen im Saale und unaufhörliches Gehen und Kommen der Abgeordneten, die sich lebhaft über die Fragen des Tages unterhalten. Um 3,15 Uhr verkündet der Alterspräsident das Ergebnis der Präsidentenwahl, die allgemeine Ueberraschung hervorruft. Ueber alles Erwarten wurde

Der sozialdemokratische Kandidat Löbe im ersten Wahlgang gewählt.

Von 447 Stimmen entfielen auf ihn 231, so daß er damit die absolute Mehrheit erzielte. Wallraf erhielt nur 119 Stimmen, der deutschvölkische Kandidat von Kardorff 51. Die übrigen Stimmen waren zerstreut. Es hatten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, sowie Teile der bairischen Volkspartei und der Wirt-

schaftspartei sowie der Nationalsozialisten im ersten Wahlgang für Löbe gestimmt, der lebhaft begrüßt wurde und alsbald den Präsidentensitz einnahm, von wo aus er mit der ihm eigenen Geschicklichkeit und Wärme eine kurze, eindrucksvolle Antrittsrede hielt. Seine warmen Worte für den verstorbenen Vorkämpfer für die Aufwertungsfrage, Abg. Düringer (D. Vp.) und für den Deutschnationalen Wallraf, denen er als politische Gegner Ehre und Achtung zollte, löste im Hause Begeisterung und Zustimmung aus. Auch dem Danke, den er dem Alterspräsidenten und seinem Vorgänger Wallraf darbrachte, zollte das Haus lebhaften Beifall.

Sobann wurde zwar zur Wahl des Vizepräsidenten geschritten, die abermals durch Namensaufruf erfolgen mußte, weil einer Wahl durch Klammation aus dem Hause widersprochen wurde. Gewählt wird schließlich der Abg. Graef-Haringen (Dn.) mit 247 Stimmen. Durch Klammation werden darauf der Abg. Bell (Zentr.) zum zweiten und der Abg. Kießer (D. Vp.) zum dritten Vizepräsidenten gewählt, woran sich schließlich die Wahl der 12 Schriftführer schließt.

Das Ergebnis dieser Wahl soll am Donnerstag bekanntgegeben werden.

Bei dem nächsten Punkte der Tagesordnung, der die kommunistischen Anträge auf Haftentlassung einer Reihe von kommunistischen Abgeordneten betrifft, kommt es zu teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen, wobei die Kommunisten und insbesondere ihr Wortführer, der Abg. Koenen, wieder recht bedenklich aus der Rolle fallen. Schließlich werden die Anträge dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, der sich sofort konstituieren und baldmöglichst mit den Anträgen befaßt soll, so daß sie in der nächsten Sitzung zur Beratung gestellt werden können.

Bei der darauf folgenden Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung kommt es zu einer hochinteressanten politischen Geschäftsordnungssprache. Müller-Franken (Soz.) verlangt anlässlich der außerpolitischen Situation, daß sich die Regierung schleunigst im künftigen Ausmaß äußere. Die gleiche Forderung stellt der Abg. Graf Westarp (Dn.), indem er gleichzeitig darauf hinweist, daß angesichts des eskalierenden Vertragsbruchs der Wiltieren von weiteren Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich keine Rede sein könne. Dem Redner wäre es deshalb am liebsten wenn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Entgegennahme einer Regierungserklärung gesetzt werden könnte.

Roalition müsse daher aufrichtig bebauert werden. Der Ministerpräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die schmerzlichen, die das Auscheiden der beiden Staatsminister für unser Land haben könne, doch noch vermieden werden und daß man trotz alledem sich wieder einmal zu neuer gemeinsamer kollegialer Arbeit zusammenfinden werde. Den beiden auscheidenden Staatsministern sprach er seinen und des Staatsministeriums warmen Dank für ihre Unterstützung der Arbeit des Ministerpräsidenten und für ihre gesamte hingebende und aufopfernde Mitarbeit aus.

Reorganisation des Reichsverkehrsministeriums.

Der Neubefehl des Reichsverkehrsministeriums wird als eine der dringendsten Aufgaben, die Reorganisation des Ministeriums folgen. Nach der Schaffung eines selbständigen Unternehmens Reichsbahn sollen jetzt die noch vom Reichsverkehrsminister dieser entworfenen Pläne ausgeführt und alle in den übrigen Ministerien noch vorhandenen Ressorts rein technischer Art im Reichsverkehrsministerium zentralisiert werden. Das Ministerium wird dann künftig die Bezeichnung „Ministerium für Technik und Verkehr“ führen. Man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß die Aufgaben der Reichspolitik auf dem Gebiet der Technik so gewaltig angewachsen sind und mit der Entwicklung des modernen Verkehrs teilweise in so engem Zusammenhang stehen, daß ihre Bearbeitung durch einen fachmännisch geschulten Minister nach einheitlichen Gesichtspunkten für alle unbedingt notwendig ist.

Zur Regierungsbildung.

Vor der Entscheidung.

Reichskanzler Marx beabsichtigt, nach der Klärung der Lage in Preußen, die den Deutschnationalen einen Strich durch die Rechnung macht, die Kabinettsbildung im Reich nach eigenem Ermessen vorzunehmen. Die Deutsche Volkspartei versucht freilich auch diesem Schritt Hindernisse zu bereiten, indem sie folgende Erklärung durch die Presse verbreiten läßt:

„Die Deutsche Volkspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Zeitungsmeldungen über ein Ultimatum des Kanzlers an die Deutschnationalen Volkspartei den Tatsachen nicht entsprechen. Sie würde andernfalls verpflichtet gewesen sein, darauf hinzuweisen, daß ein solches Ultimatum der ungeeignete Weg sein würde, um eine tragfähige Regierung zusammenzubringen. Nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei müssen die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Deutsche Volkspartei legt entscheidenden Wert darauf, festzustellen, daß sie ein, wenn auch verschleiertes Kabinett der Mitte nicht unterstützen werde, weil die gegenwärtigen großen außen- und innenpolitischen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn die Regierung sich auf eine feste bürgerliche Mehrheit stützt.“

Die Deutsche Volkspartei gibt mit dieser Erklärung vollends ihre Stellung als Partei der Mitte auf. Sie will offenbar das Zentrum zwingen, ebenfalls eine Kursänderung vorzunehmen.

Man weiß, daß Dr. Marx den Versuch gemacht hat, seinem Auftrage in der Weise gerecht zu werden, daß er zwei den Deutschnationalen nicht nur nahestehende, sondern parteimäßig zugehörige Persönlichkeiten in sein Kabinett aufnehmen wollte, den Landrat Dr. D. und preußischen Abgeordneten Dr. v. Kries und den früheren Ministerialdirektor Reuhaus. Die deutschnationalen Parteileitung hatte beiden Herren die Annahme der ihnen angetragenen Ministerien — des Innenministeriums bzw. des Wirtschaftsministeriums — nicht gestattet. Die Deutschnationalen wollen als Fraktion in der Regierung vertreten sein und nicht durch zwei — außer dem Grafen Kanitz — Minister, und ferner durch Persönlichkeiten, die innerhalb der deutschnationalen Partei an führender Stelle stehen. Das hätte den Bürgerblock bedeutet, den das Zentrum in seinem bekannten Entschluß scharf abgelehnt hat. Das hätte auch im Widerspruch zu dem Auftrag gestanden, ein überparteiliches Kabinett zu bilden ohne Bindung an Parteien und Fraktionen. Der Reichskanzler hat infolgedessen abgelehnt, in Verhandlungen mit der deutschnationalen Fraktion einzutreten, und hat den Versuch gemacht, das Kabinett so zu ergänzen, daß es eine Gewähr für die Fortsetzung des politischen Kurses der Mitte geboten hätte, ohne aber dabei eine ausgesprochene Regierung der parlamentarischen Mitte zu sein.

Herr Marx hat dem demokratischen Fraktionsvorsitzenden Dr. Koch das Ministerium des Innern angeboten, dem völkischen Abgeordneten und hervorragenden Rechtslehrer Professor Dr. Koch das Justizministerium, Wirtschafts- und Verkehrsministerium sollten durch Staatssekretäre besetzt werden. Diese Absicht des Reichskanzlers hat die Deutsche Volkspartei durch ihren Beschluß vereitelt. Abgeordneter Professor Dr. Koch hat auf Grund dieses Beschlusses die Uebernahme des Justizministeriums abgelehnt. Dadurch ist eine neue und wesentlich verschärfte Situation geschaffen worden.

Der Reichskanzler Marx war während der Wahl des Präsidiums im Reichstage anwesend. Aber es fiel, daß er nachher sich zum Reichspräsidenten begeben wollte, um diese Situation mit ihm zu besprechen. Es war dem Reichstage noch nicht bekannt, welchen Entschluß Dr. Marx gefaßt hat, ob er den Auftrag zurückgeben oder es versuchen wollte, mit einem Geschäftskabinett vor den Reichstag zu treten.

Im ersteren Falle würde wahrscheinlich kaum etwas anderes übrig bleiben, als daß der Reichspräsident sich neuerlich an den Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei wendet. Im zweiten Falle würde das dritte Kabinett Marx parlamentarisch nur vom Zentrum und von den Demokraten getragen werden. Inneres, Wirtschaft, Justiz und Verkehr würden mit Staatssekretären besetzt werden, und dazu kann, da Dr. Stresemann in Konsequenz des Beschlusses seiner Fraktion als Außenminister demissionieren müßte, das Außenministerium.

Die Entscheidung darüber, welcher Weg eingeschlagen werden wird, dürfte in den nächsten Stunden fallen. Denn eine Entscheidung muß jetzt kommen. Seit dem Rücktritt des Kabinetts Marx sind nahezu vier Wochen vergangen, das Reich kann nicht länger ohne verantwortliche Regierung bleiben. Die Kräfte können nicht

Das Ende der preußischen Koalitionsregierung.

Die Volkspartei kündigt Kampf gegen das preußische Kumpfkabinett an.

Berlin, 7. Januar. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages entschied sich in ihrer heutigen Fraktionssitzung nach längerer Aussprache in überwiegender Mehrheit dahin, daß die staatsrechtliche Auslegung des Artikels 45 der preußischen Verfassung durch die deutsche Volkspartei, nach der das Kabinett infolge der Neuwahl des Landtages zurücktreten müsse, nicht haltbar sei. Die Fraktion billigte die Auffassung, die ihre Minister am Rejnshoff und Girtlinger in der Kabinettsitzung am Dienstag ausgesprochen haben, im gesamten Inhalt. Die völkischen Vertreter haben den Zentrumsvorrednern, die ihnen diese Entscheidung mitteilten, erklärt, das Kumpfkabinett werde im Landtage von der deutschen Volkspartei mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft werden.

Ministerpräsident Brauns Rede.

Ministerpräsident Brauns wies in seiner Rede darauf hin, daß er, als er vor mehr als drei Jahren die Leitung des Kabinetts übernahm, die Befürchtung gehabt hätte, daß die Koalitionspolitik ungemein schwierig verlaufen werde. Heute müßte er konstatieren, daß man in wahrhaft kollegialer Weise und in enger gemeinsamer Arbeit in schwerster Zeit dem Vaterlande gebietet und die großen Gegenwartsaufgaben erbedlich gelöst habe. Die Koalitionspolitik der vier Parteien sei den Ländern und vor allem dem Reich ein gutes und glückliches Beispiel politischer Stabilität gewesen. Das Ende der Großen